



Regierungsratsbeschluss vom 05. September 2017

Kantonale Volksinitiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel»; Antrag auf Fristverlängerung

P161597

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrats an den Grossen Rat um sechs Monate zu verlängern.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative «Topverdienersteuer: Für gerechte Einkommenssteuern in Basel» um sechs Monate, damit es möglich wird, diese zusammen mit der Berichterstattung zur anstehenden kantonalen Steuergesetzrevision betreffend die Umsetzung der Steuervorlage 17 des Bundes über die Besteuerung der Unternehmen zu behandeln. Die von der Initiative verlangte Erhöhung der Steuersätze für einen (kleinen) Teil der Steuerpflichtigen sollte nicht isoliert betrachtet, sondern im Rahmen einer Gesamtbeurteilung diskutiert werden. Die Frage der angemessenen Besteuerung des Einkommens überschneidet sich mit Fragen, die Gegenstand der kantonalen Steuergesetzrevision zur Umsetzung der Steuervorlage 17 sind. Der Regierungsrat möchte zur „Topverdiener-Initiative“ daher erst im Zusammenhang mit dieser Revision Stellung nehmen.

